

Dr. Walter Hohlefelder  
Präsident des Deutschen Atomforums

Vortrag anlässlich der europäischen Konferenz  
„Europa investiert wieder in die Kernenergie“

am 23. November 2006 in Berlin

## Anrede

Angesichts der rasanten und umwälzenden Entwicklungen auf den Weltenergiemärkten ist es absolut zwingend, dass wir uns in Europa wieder verstärkt dem Thema Kernenergie zuwenden. Vor diesem Hintergrund haben die Veranstalter Berlin als Tagungsort mit Bedacht gewählt. Ich kann dies nur begrüßen.

Die Botschaft, die von dieser Konferenz ausgeht, lautet: In Europa findet ein positiver Umschwung zu Gunsten der Kernenergie statt. Allein in Deutschland ist dieser Nach- und Umdenkungsprozess – noch – politisch blockiert.

In Europa wird in 200 Kernkraftwerken fast ein Drittel des Strombedarfs erzeugt. Viele Länder prüfen den Wiedereinstieg in die Kernenergienutzung, bauen Kernkraftwerke oder verlängern die Laufzeit. Finnland baut den EPR, Frankreich – wie eben von Herrn Lescoeur eindrucksvoll geschildert, beginnt im nächsten Jahr mit dem Bau des ersten EPR in Flamanville.

Die niederländische Regierung hat den Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Borssele bis 2033 beschlossen, also 20 Jahre länger als ursprünglich geplant.

In Schweden, dem ersten Land mit einem formalen Ausstiegsbeschluss im Jahr 1980, wird die Kernenergie zunehmend unverzichtbar. Dort befürwortet nach aktuellen Umfragen über 80 % der Bevölkerung den Weiterbetrieb der vorhandenen Kraftwerke. Regierung und Betreiber haben sich darauf verständigt, ein Nachrüstprogramm anzugehen, um auch zukünftig eine Laufzeit von 60 Jahren für alle Anlagen zu ermöglichen.

In der Schweiz sollen die Anlagen 60 Jahre in Betrieb bleiben. Eine Parlamentsentscheidung aus Bern lässt ausdrücklich die Möglichkeit zum Bau neuer Kernkraftwerke zu.

Die britische Regierung hat sich in ihrem Energy Policy Review vom 11. Juli 2006 für den Bau neuer Kernkraftwerke ausgesprochen. Gegenwärtig findet der Nuklear-Planungsprozess statt. Im Frühjahr soll das sogenannte White Paper – der offizielle Regierungsbeschluss unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen zum Energy Review – vorgelegt werden. (Verweis auf Details in Rede Lord Cunnigham of Felling)

Auch in Italien, das ja im Land keine Kernenergie nutzt, beschäftigt sich die Energiewirtschaft intensiver denn je mit der Kernenergie. So haben Enel und EdF eine Zusammenarbeit beim Bau der EPR in Frankreich vereinbart. Außerdem hat sich die Enel an der Slovenske Elektrarne beteiligt und beabsichtigt, die Blöcke 3 und 4 des Kernkraftwerks Mochovce fertig zu stellen. Diese Aktivitäten kommen quasi einem Wiedereinstieg Italiens in die Kernenergie gleich. Im Übrigen ist das ein gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn die Schere zwischen politischem Handeln und wirtschaftlicher Notwendigkeit immer weiter auseinandergeht.

Auch die polnische Regierung denkt über einen Einstieg in die Kernenergienutzung nach.

In den kernkraftwerksbetreibenden Ländern Osteuropas hat man sich sowieso nie von der Kernenergie verabschiedet. Von den USA und Asien ganz zu schweigen.

Entgegen dieser internationalen und europäischen Entwicklung bleibt es in Deutschland derzeit in einer Art politischen Selbstblockade beim Ausstieg aus der Kernenergie, der 2000/2001 unter der ehemaligen rot-grünen Regierung beschlossen und im Atomgesetz verankert worden ist. Weil man sich in der Frage der Kernenergie zwischen den Regierungsparteien nicht einigen konnte, hat man im Koalitionsvertrag den Dissens beschrieben und festgehalten, dass alles beim Alten bleibt.

Weltweit ist die Laufzeit der Kernkraftwerke nur in zwei Ländern gesetzlich begrenzt – in Deutschland und in Belgien. Dabei ist Deutschland mit 32 Jahren das Land mit den kürzesten Auslaufristen. In Belgien erlöschen die Betriebsgenehmigungen 40 Jahre nach der kommerziellen Inbetriebnahme. Aber im Unterschied zum deutschen Atomgesetz enthält das belgische Gesetz eine Revisionsklausel, wonach die Regierung einen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke zulassen kann, wenn die Sicherheit der Stromversorgung gefährdet ist. Unter dem Aspekt einer verantwortungsvollen Energiepolitik ist das nur vernünftig.

Von den 100.000 MW Kraftwerksleistung in Deutschland werden durch das sukzessive, altersbedingte Ausscheiden von Kohle-, Gas- und Ölkraftwerken rund 20.000 MW in diesem und dem nächsten Jahrzehnt wegfallen. Die Herausforderung zur Schaffung von Ersatzkapazitäten ist unter zeitlichen und finanziellen Gesichtspunkten ohnehin schon enorm. Nach heutiger Rechtslage werden bis etwa 2020 alle 17 Kernkraftwerke sukzessive vom Netz gehen, d. h. es entfallen noch mal rund 20.000 MW Erzeugungskapazität – mit dem Wegfall von 40 % der heutigen Erzeugungskapazität bis 2020 wird das Problem weiter verschärft! Wir schlittern also sehenden Auges in Versorgungsengpässe – und das ohne Not.

Noch bildet die Kernenergie in Deutschland in einem ausgewogenen Energiemix das Rückgrat der Energieversorgung. Sie trägt derzeit mit rund 27 % zur öffentlichen Stromversorgung bei. In der Grundlast liegt der Anteil sogar bei fast 50 %. Und der Kernkraftwerkspark in Deutschland ist mit einem Durchschnittsalter von fast 24 Jahren vergleichsweise jung – bezogen auf die erwartete Lebensdauer und die Entwicklungen im Ausland (60 Jahre).

Mit Sicherheitsaspekten im internationalen Vergleich lässt sich der deutsche Ausstieg nicht begründen.

Die deutschen Kernkraftwerke gehören unbestritten zu den sichersten weltweit. Ein Indiz für die ausgeprägte Sicherheitskultur und hohen technischen Standard sind die sehr hohen Verfügbarkeiten deutscher Kernkraftwerke. Unter den 10 Kernkraftwerken mit den besten Produktionsergebnissen weltweit finden sich immer deutsche Kernkraftwerke.

Das hohe Sicherheitsniveau der deutschen Kernkraftwerke kommt nicht von ungefähr. Sie waren bereits zum Zeitpunkt ihrer Errichtung in den 70er und 80er Jahren bezüglich der Anlagenkonzeption im weltweiten Vergleich als fortgeschritten einzustufen. Seitdem wurden die Anlagen mit großem Aufwand permanent sicherheitstechnisch verbessert und dem Stand von Wirtschaft und Technik nachgeführt.

Es gehört zur politischen Kultur, dass man einmal getroffene politische Entscheidungen bei sich verändernden Rahmenbedingungen auch wieder auf den Prüfstand stellt und ggf. auch bereit ist, über eine Revision nachzudenken.

Der Ausstieg aus der Kernenergie wurde in den Jahren 1999 bis 2001 unter Annahme von Erwartungen getroffen, die sich in der Zwischenzeit als unzutreffend

oder nicht haltbar herausgestellt haben. Daher drängt sich eine Neubewertung der damals getroffenen Entscheidung auf.

Die Behauptung, wir könnten unsere ehrgeizigen deutschen CO<sub>2</sub>-Ziele trotz Ausstieg aus der Kernenergie erreichen, erweist sich als falsch:

Wie die Dena-Netzstudie aus dem letzten Jahr zeigt, werden wir die Ziele zwar bis 2012 noch erreichen können, das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um bis zu **40 %** gegenüber 1990 zu reduzieren, jedoch definitiv nicht. Trotz eines unterstellten massiven Windanlagenausbaus kann das CO<sub>2</sub>-Emissionsvolumen gerade einmal auf dem Niveau von 2003 stabilisiert werden. Realistisch betrachtet, wird die Kompensation der wegfallenden Kernkraftwerksleistung in Deutschland nicht ohne den Bau neuer Kohle- und vor allem Gaskraftwerke möglich sein. Das bedeutet wiederum neue CO<sub>2</sub>-Emissionen – je nach eingesetztem Primärenergietyp würde der jährliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß um **65 bis 185** Millionen Tonnen gegenüber dem Einsatz der Kernenergie ansteigen. Dies entspricht im höchsten Fall 16 % der deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen von 1990.

Ein umfassender CO<sub>2</sub>-freier Ersatz der CO<sub>2</sub>-freien Kernenergie wird erst möglich sein, wenn die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Lagerung bei fossilen Kraftwerken technisch und wirtschaftlich gelöst ist. Das wird aber nach Einschätzung der Experten keinesfalls vor 2025/2030 der Fall sein. Und auch Strom aus Off-Shore-Wind wird in großem Umfang nicht so schnell zur Verfügung stehen, wie die Dena-Netzstudie gezeigt hat. Die Integration der Erneuerbaren – insbesondere Wind – in die Energiesysteme stellt sich heute weitaus schwieriger dar als noch vor 6 Jahren gedacht. Damit kommt der Ausstieg aus der Kernenergie unter CO<sub>2</sub>-Aspekten jedenfalls zu früh.

Der Ersatz von Kernkraftwerken mit fossilen Kraftwerken heutiger Bauart ist eine klimapolitische Sackgasse. Diese Investitionsentscheidungen würden den Erzeugungsmix bis über die Mitte des Jahrhunderts hinaus prägen. Für Clean-Coal und Erneuerbare wäre insoweit kein Raum. Wir würden uns die Option für CO<sub>2</sub>-freie Stromerzeugung im wahrsten Sinne des Wortes verbauen.

Auch die Annahme, der Ausstieg aus der Kernenergie sei ohne volkswirtschaftliche Verwerfungen zu haben, trifft nicht zu. Das wurde zwischenzeitlich auch durch wirtschaftliche Gutachten belegt. Laut einer vom BDI (Bundesverband der Industrie) beim EWI und beim EEFA-Institut in Auftrag gegebenen Studie müsste die deutsche Volkswirtschaft bei der Umsetzung des Ausstiegs-Beschlusses zusätzliche Mittel für den Bau und Betrieb von Ersatzkraftwerken aufbringen, die ansonsten für anderweitige Zwecke – investive oder konsumptive – zur Verfügung stünden. Darüber hinaus hätten, so die Gutachter weiter, längere Laufzeiten über Wettbewerbs- und Einkommenseffekte einen ganz erheblichen Einfluss auf Produktion und Beschäftigung. Können wir es uns angesichts der trotz jüngster Fortschritte immer noch bescheidenen Entwicklung unserer Volkswirtschaft wirklich leisten, auf diese positiven Entwicklungen zu verzichten?

Dabei unterstellt die Studie, dass die Ersatzkapazitäten für die Kernenergie zeitgerecht zur Verfügung gestellt werden kann. Schon heute zeigt sich jedoch eine Verknappung der Lieferkapazitäten der Kraftwerkshersteller. Diese Situation wird sich noch verschärfen, wenn auch noch die Kernenergie ersetzt werden soll. Von einem zeitgerechten Ersatz kann also keineswegs ausgegangen werden. Die Folge wäre eine Verringerung statt einer massiven Erhöhung des Stromangebots, die von allen Seiten zu Recht gefordert wird, mit der Konsequenz eines weiteren Anstiegs der Strompreise. Gerade hier zeigt sich die Widersprüchlichkeit der Politik: einerseits wird mehr Wettbewerb durch mehr Er-

zeugungskapazität im Markt gefordert und andererseits hält man am Ausstieg und damit Verlust an Erzeugungskapazität fest.

Die Verschärfung des Themas Versorgungssicherheit – Stichwort: höhere Erdgasimporte, Verteuerung von Gas und Öl, Zugang zu den Ressourcen – hat vor 7 Jahren noch niemand so recht wahrgenommen oder wahr haben wollen. Zu Beginn der Rot-Grünen-Regierungskoalition 1998 lag der Ölpreis bei acht bis zehn Dollar pro Barrel. Es wurde ein Anstieg des Ölpreises auf 20 bis 25 Dollar pro Barrel prognostiziert. 8 Jahre später ist Ernüchterung eingeleitet. Im Juli diesen Jahres lag der Ölpreis bei mehr als 75 Dollar je Barrel. Zwar rechnen Experten damit, dass der Ölpreis künftig die 60-Dollar-Marke nicht wesentlich überschreiten wird. Aber es sollte sich auch niemand große Hoffnungen auf weiter sinkende Öl- und Benzinpreise machen. Wenn wir aus der Kernenergie aussteigen, können wir die Kernenergie – und das auch nur mit Verzögerung – im Wesentlichen nur mit Gaskraftwerken ersetzen und das heißt: noch höhere Abhängigkeit. Gerade die Ereignisse der letzten Zeit haben uns die Augen dafür geöffnet, wie gefährlich das werden kann. Immerhin könnten wir die Erdgasimporte schon bei einer Laufzeitverlängerung auf 40 Jahre um 9 % reduzieren, so das bereits zitierte BDI-Gutachten.

Dabei unterscheidet sich die energiewirtschaftliche Situation in unserem Land von der im Rest Europas in keiner Weise. Eher ist Deutschland noch ein Stück weit abhängiger von Energieimporten als Europa. Die deutsche Importabhängigkeit bei Rohöl liegt heute schon bei 96 %, Gas importieren wir zu 83 % und bei Steinkohle sind es 60 %. Die Europäische Union ist heute etwa zur Hälfte von Energieimporten abhängig. Im Jahr 2030 prognostiziert die Internationale Energieagentur einen Anstieg der europäischen Energieimportabhängigkeit auf mehr als 70 %.



Europa wird langfristig auf den Import von Energierohstoffen angewiesen bleiben. Eine Politik der Autarkie ist unrealistisch. Aber wir können den Importbedarf begrenzen, der Abhängigkeit von einigen wenigen Energieträgern entgegenwirken und so die Risiken vermindern. Dazu gehört ein breiter Energiemix, bei dem auch die Kernenergie eine wesentliche Rolle spielt. Der Einsatz der Kernenergie sichert Versorgungssicherheit und schützt vor Volatilität der Rohstoffpreise.

Zwar wird bezüglich der Reichweite von Uran gerade von Seiten der Kernenergiegegner neuerdings sehr gerne das schnelle Ende dieser Ressource behauptet. Fakt ist dagegen, dass von der IAEA und der Bundesanstalt für Rohstoffe und Geowissenschaften Uranreichweiten von über 200 Jahren errechnet wurden. Der weltweite Uranbedarf kann bis 2010 durch Produktionssteigerungen in den derzeitigen Uranminen gedeckt werden. In den nächsten Jahren muss aber die Explorationstätigkeit deutlich gesteigert werden. Erste Aktivitäten zur Erschließung neuer Minen sind zu beobachten. Uran kann aus europäischer Sicht im Gegensatz zu Gas und Erdöl quasi als einheimischer Energieträger betrachtet werden. Uran ist ein weltweit vorkommender Rohstoff, der auf allen Kontinenten gefördert wird. Die wichtigsten Lieferländer sind die Industrieländer Australien und Kanada. Auf die politische Stabilität – im Gegensatz zu vielen ölfördernden Ländern – muss ich nicht explizit hinweisen.

Der Brennstoffkostenanteil, einschließlich der Entsorgungskosten beträgt bei der Stromproduktion aus Kernenergie nur 10 % der Vollkosten. Davon sind gerade mal 3 % Natururankosten, d. h. die Steigerung der Uranpreise hat einen vernachlässigbar geringen Anteil an den Produktionskosten von Strom aus Kernkraftwerken; diese bleiben – anders als bei Kohle und vor allem Gas auch bei steigenden Uranpreisen weitgehend stabil. (Bei einer Steigerung der Urankosten um 200 % würden die Gesamtkosten lediglich um 4 – 5 % ansteigen.)

Zusammengefasst heißt das: Die weltweite Verteilung, die hohe Konzentration in entwickelten bzw. verlässlichen Staaten und die lange Reichweite machen Uran zu einer sicheren und langfristig verfügbaren Primärenergie. Uran ist ein kostengünstiger und leicht zu bevorratender Energieträger.

Genau die eben beschriebenen Themen Versorgungssicherheit, Reduzierung von Abhängigkeiten und Klimaschutz sind der Grund für ein Umdenken in Sachen Kernenergie in Europa. Nur die deutsche Politik scheint die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt zu haben.

Die nach der Ölkrise 1973/74 gegründete Internationale Energieagentur (IEA) fordert erstmals seit über 20 Jahren in ihrem Energiebericht eine stärkere Nutzung der Kernenergie. Bei der Vorstellung des **Weltenergie-Ausblicks 2006** sagte Claude Mandil, Exekutivdirektor der IEA: „Bei der Fortschreibung der aktuellen Trends stehen wir vor einer dreckigen, unsicheren und teuren Energiezukunft. ... Kernenergie bleibt eine attraktive Option, die Stromversorgung zu sichern und den Kohlendioxidausstoß zu mildern.“

Nicholas Stern, der frühere Weltbank-Chefökonom, hat im Auftrag der britischen Regierung eine Studie über die Kosten des Klimawandels erstellt. Danach wird eine Weltwirtschaftskrise erwartet, wenn die Folgen des Klimawandels nicht bekämpft werden. Die Energiewirtschaft sollte ihre Emissionen bis 2050 um 60 % reduzieren. Als eine entscheidende Maßnahme verweist Stern auf die Nutzung kohlenstoffarmer Energietechnologien. Gerade das ist auch die Kernenergie.

Der ehemalige Bundesumweltminister Trittin brachte bei der Unterzeichnung der Kernenergie-Vereinbarung im Juni 2001 seine Erwartung zum Ausdruck, dass der deutsche Weg weltweit Vorbildcharakter erhält. Zitat: "Die Unterzeichnung des Atomausstiegs ... ist eine Botschaft, die weit über die Bundesrepublik hinausreicht." Beachtung vielleicht schon, aber keine Nachahmung, vielmehr eher distanzierte Verwunderung. Deutschland ist auf einem energiepolitischen Sonderweg und das im Alleingang. Das hat sich nicht zuletzt auf dem letzten G-8-Gipfel in St. Petersburg eindrucksvoll gezeigt, auf dem Deutschland als einzige der großen Industrienationen am Kernenergieausstieg festgehalten hat.

Die Annahme, andere würden uns in unserem Beispiel im Ausstieg folgen, hat sich als naiv entpuppt. Die Finnen haben uns nicht gefragt, ob sie einen neuen Reaktor bauen sollen. Die Franzosen haben unseren Ausstieg ohnehin nie verstanden. Und die Engländer fragen uns auch nicht, wenn sie wieder in die Kernenergie einsteigen. Von den Russen, Amerikanern, Japanern, Chinesen oder Indern ganz zu schweigen. Im Gegenteil: wir haben uns aus der internationalen Diskussion auch um Sicherheitsfragen mehr oder weniger verabschiedet, sind isoliert und werden nicht mehr richtig ernst genommen. Also: kein Gewinn an Sicherheit, sondern eher ein Verlust an Sicherheit.

Wenn die Argumente gegen eine Neubewertung der Kernenergie brüchig werden, bleibt als letztes die angeblich unlösbare Endlagerfrage. Die Entsorgung muss angesichts der bereits entstandenen radiaktiven Abfälle so oder so gelöst werden. Deutschland war bei der Entsorgung einmal internationaler Vorreiter. Frankreich, Schweiz, Finnland und Schweden haben uns überholt, weil auch dieses Thema seit Jahren hierzulande politisch blockiert ist. Die Endlagerfrage ist kein technisches, sondern eindeutig ein politisches Problem. Die Schrittfolge zur Lösung ist in der sogenannten Kernenergieverständigung von 2001 genau

und präzise beschrieben. Nach der Entscheidung des OVG Lüneburg, kann Konrad – das Endlager für schwach-radioaktive Abfälle – jetzt ausgebaut und bis 2013 in Betrieb genommen werden. Einer weiteren Erkundung des Endlagers Gorleben steht nichts mehr im Wege. Wir brauchen keine neuen zusätzlichen Schleifen, die nur Zeit und Geld kosten. Wenn wir nur politisch wollen, können wir das Endlagerthema in Deutschland lösen. Und weil wir es lösen können, müssen wir es aus unserer Verantwortung vor künftigen Generationen endlich lösen. Es scheint, als komme jetzt Bewegung in diese Frage. Ich kann nur an alle Beteiligten appellieren, endlich Nägel mit Köpfen zu machen.

Ob die Kernenergie nur eine Übergangstechnologie oder eine langfristige Option ist, muss heute noch nicht entschieden werden. Ich bin allerdings der Auffassung, dass sie das Potential für eine langfristige Energieversorgung hat. Weltweit wird an neuen Reaktorkonzepten – der sog. Generation IV – gearbeitet: mit noch besseren Sicherheitseigenschaften, höheren Effizienzgraden, bessere Möglichkeiten der Wärmeauskopplung und weniger radioaktiven Abfällen. Die Fusionstechnologie macht erhebliche Fortschritte, wenngleich sie bis zu ihrem Einsatz noch erhebliche Zeit beanspruchen wird. Gearbeitet wird auch an Methoden, die Langlebigkeit der Radioaktivität der Abfälle und das Abfallaufkommen maßgeblich zu verringern, die sog. Transmutation. Deutschland hat sich – obwohl mit dem Hochtemperatur-Reaktor einmal Vorreiter der internationalen Entwicklung – aus ideologischen Gründen aus der internationalen Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Kernenergie verabschiedet. Für eine führende Industrie- und Technologienation ist dies unverantwortbar und verstößt gegen das Interesse künftiger Generationen. Nicht diejenigen, die die Option Kernenergie offen halten wollen, sind die ewig Gestrigen, sondern diejenigen, die über die Zukunft der Kernenergie noch nicht einmal nachdenken wollen.

Der Eindruck verstärkt sich, dass die Bevölkerung in Deutschland schon ein Stück weit realistischer bei der Bewertung der Kernenergie ist, als weite Teile der Politik. Das Meinungsklima für Kernenergie verbessert sich leicht, wobei man allerdings noch nicht von einem Durchbruch sprechen kann.

Eine Allensbach-Umfrage aus dem Jahr 2004 zeigt, dass z. B. bei der Frage nach einer realistischen Sicherung der Stromversorgung die Kernenergie an erster Stelle genannt wird. Immerhin 45 % meinen, dass künftig am ehesten mit Kernenergie sichergestellt wird, dass jederzeit genügend Strom zur Verfügung steht.

Nur 24 % rechnen mit der Umsetzung des Ausstiegsbeschlusses, 53 % rechnen mit einer langfristigen Nutzung der Kernenergie. Bei vielen setzt sich die Erkenntnis durch, dass Energie eben nicht unbegrenzt verfügbar ist und Versorgungssicherheit und Klimavorsorge seinen Preis hat. Offensichtlich haben immer mehr Bürger erkannt, dass Deutschland vor den gleichen Herausforderungen steht, die auch international zu einer stärkeren Nutzung der Kernenergie führen.

## Anrede

Die große Koalition will in dieser Legislaturperiode ein Energiekonzept vorlegen. Nachdem praktisch seit den Ölkrisen in den 70er Jahren nichts Konzeptionelles geschehen ist, ist es höchste Zeit, ein schlüssiges und langfristiges Energiekonzept zu entwickeln, das einen stabilen und vor allem verlässlichen Rahmen für den Markt gibt. Die Betonung liegt auf langfristig, d. h. ein Konzept für die nächsten Jahrzehnte und nicht bis zum Ende der Legislaturperiode! Das Denken in Koalitionszeiträumen ist bei der Langlebigkeit und der Wirkung von

einmal getroffenen Investitionsentscheidungen in der Energiewirtschaft das Risiko schlechthin.

Anrede

Wenn es um diese für die Zukunftssicherung Deutschland entscheidende Frage geht, darf die Kernenergie – mit dem größten Anteil an der Stromerzeugung und erst recht in der Grundlast – nicht ausgeklammert werden. Eine Energiediskussion, die offen und vorurteilsfrei geführt wird, wird um eine Neubewertung der Kernenergie nicht herumkommen. Und deshalb ist sie auch einzufordern. Das ist kein Bruch des Vertrages von 2001. Es geht darum, angesichts veränderter Rahmenbedingungen die Inhalte neu zu überdenken und ihn fortzuentwickeln.

Bleibt zu hoffen, dass wie von Bundeskanzlerin Merkel am Ende des zweiten Energiegipfels angekündigt, das Thema Kernenergie im Energiemix nicht nur auf die Tagesordnung des dritten Energiegipfels im Frühjahr kommt, sondern dass dort auch eine belastbare Lösung gefunden wird.

Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Tageszeitung „Die Welt“, schreibt in einem Beitrag vom 12.10.2006: „Die Atomkraft kommt zurück, auch nach Deutschland. Es fragt sich nur, ob spät, sehr spät oder zu spät.“ Hoffen wir im Interesse unseres Landes, dass es nicht zu spät sein wird.